

# Über Vertrauen und reale Zahlungs- bereitschaft



Klaus Müller ist Vorstand  
des Verbraucherzentrale  
Bundesverbands (vzbv).  
Foto: Gert Baumbach/vzbv

**Gerne bekunden die Verbraucher in Umfragen eine höhere Zahlungsbereitschaft für nachhaltigere, tierfreundlichere und regionale Lebensmittel. An der Ladentheke greifen sie dann allzu häufig doch zum günstigeren Angebot. Warum das so ist, erläutert Klaus Müller, Vorstand des Verbraucherzentrale Bundesverbands, im Gespräch mit der dbk.**

---

Sind Lebensmittel in Deutschland zu billig?

**Klaus Müller:** Wir liegen beim Preisniveau knapp über dem Schnitt der 27 EU-Länder. Das sagt aber noch nichts darüber aus, wie viel am Ende bei den Bauern ankommt. Schließlich halten auf dem Weg vom Bauernhof zum Verbraucher viele Akteure ihre Hände auf: Spediteure, Handel, Industrie und Verarbeiter oder der Staat über Steuern. Wenn Verbraucher für Lebensmittel mehr zahlen müssen, ist also noch lange nicht sicher, dass Landwirte etwas davon haben.

Natürlich stimmt etwas grundsätzlich im System nicht, wenn Lebensmittel wie Gemüse, Milch oder Fleisch billiger verkauft werden, als sie hergestellt worden sind. Das können Verbraucher allein, am Ende der Kette, aber nicht ändern. Die Marktmacht großer Handelskonzerne und damit auch ihren Einfluss auf die Preise kann nur die Politik begrenzen. Wir brauchen deshalb ein umfassendes und nicht abgeschlossenes Verbot aller unfairen Handelspraktiken und ein ambitioniertes Lieferkettengesetz.

Der Verbraucher bzw. der vzbv fordert fair erzeugte und nachhaltige Lebensmittel und es soll auch mehr Tierwohl in die Ställe – an der Ladentheke wird jedoch gerne zum günstigsten Produkt gegriffen. Wie passt das zusammen?

**Müller:** Die Mehrheit der Verbraucher will nachhaltigere, tierfreundlichere und regionale Produkte. Die meisten wünschen sich auch faire Preise für Landwirte und sind bereit, für höhere Qualität auch höhere Preise zu zahlen. Sie können an der Ladentheke aber leider oft nicht nachvoll-

ziehen, ob ein Lebensmittel tatsächlich fair und nachhaltig erzeugt wurde. Dazu kommt, dass das Vertrauen in die Branche, insbesondere die Fleischindustrie, durch zahlreiche Skandale und Berichte über die Haltungsbedingungen in manchen Ställen grundlegend erschüttert ist. Vertrauen ist aber unabdingbar für reale Zahlungsbereitschaft. Deshalb sind nicht nur verbindliche und verlässliche Kennzeichnungssysteme für Produkt- und Prozessqualitäten wie Tierhaltung oder Nachhaltigkeit nötig. Wir brauchen hohe gesetzliche Standards, gerade in der Tierhaltung, sowie gute staatliche Kontrollen. Dann steigt auch das Vertrauen der Verbraucher wieder. Davon könnten insbesondere die heimischen Landwirte profitieren.

**Der Borchert-Plan für eine zukunftsfähige Weiterentwicklung der Nutztierhaltung findet breite Zustimmung. Wie bewerten Sie aus Sicht des Verbraucherschutzes den Plan?**

**Müller:** Der flächendeckende Umbau der Tierhaltung in Deutschland ist dringend notwendig, das ist gar keine Frage. Dass der Staat dies mit finanzieller Förderung unterstützt, ist auch richtig. Zentral ist allerdings, dass die verbindlichen gesetzlichen Standards für die Tierhaltung auch tatsächlich stufenweise angehoben werden. Aus unserer Sicht sollten die Zahlungen auch an Tierwohl- und Tiergesundheitsindikatoren gekoppelt werden, damit tatsächlich all jene Tierhalter profitieren, die für nachweislich und messbar mehr Tierwohl im Stall sorgen. So wäre auch für Verbraucher klar, dass der Mehrpreis, den sie zahlen, genauso wie die Steuergelder, die in die Förderung fließen, gut und zielgerichtet investiert sind. Auch das stärkt Vertrauen und damit Zahlungsbereitschaft.

**Wie alles, hängt eine erfolgreiche Umsetzung des Borchert-Plans von der Finanzierung ab. Welchen Anteil soll dabei der Verbraucher tragen? / Wer soll aus Ihrer Sicht den Umbau der Tierhaltung bezahlen?**

**Müller:** Wenn Tierhaltungsstandards flächendeckend steigen, werden tierische Produkte teurer werden. Und wenn Verbraucher sich sicher sein können, dass die höheren Preise auch tatsächlich das Ergebnis von mehr Tierwohl sind, werden die meisten diesen Mehrpreis vermutlich gern zahlen – das zumindest legen alle Umfragen und auch Erfahrungen mit regionalen Produkten nahe.

Die Borchert-Kommission hat sich mehrheitlich dafür ausgesprochen, den Umbau der Tierhaltung und die Anhebung der gesetzlichen Standards über eine Verbrauchssteuer auf tierische Produkte zu finanzieren, und zwar dauerhaft. Wir halten das nicht für den richtigen Ansatz.

Eine Unterstützung des Umbaus durch Steuergelder ist sinnvoll, aber nur zeitlich beschränkt. Irgendwann müssen sich kostendeckende Preise am Markt bilden. Landwirte

und Tierhalter sollen fair entlohnt werden für ihre Leistungen, das wünschen sich auch Verbraucher. Dafür müssen Verbraucher diese Leistungen aber nachvollziehen können – weshalb ein verbindliches staatliches Tierwohlabel selbstverständlich zum Gesamtpaket dazugehört.

Die Standards brauchen wir dann übrigens auch für ganz Europa. Produkte, die in die EU importiert werden, müssten diese Tierwohlstandards erfüllen, ebenso wie sie schließlich auch unsere Lebensmittelsicherheitsstandards erfüllen müssen. So können hohe Tierwohlstandards für Landwirte in Deutschland und der EU zum Qualitäts- und Wettbewerbsvorteil werden. Übrigens auch global.

**Für den Umbau der Tierhaltung wird eine verpflichtende Haltungs- und Herkunftskennzeichnung auf EU-Ebene als notwendig angesehen. Wie stehen Sie dazu?**

**Müller:** Auch auf EU-Ebene wurde inzwischen verstanden, dass Verbraucher nur dann einen Umbau der Tierhaltung unterstützen können, wenn sie verlässliche Informationen erhalten zum gesamten Umgang mit dem Tier. Neben der Haltung und der Kontrolle im Stall ist dies umfassend auszubilden, von der Zucht über den Transport bis hin zur Schlachtung.

Daneben gibt es ein großes Interesse an der Transparenz der Herkunft der Produkte. Man sollte nicht beides zusammenzwängen. Für die Herkunftskennzeichnung brauchen wir ein System, das nicht nur in Verbindung mit tierischen Produkten funktioniert, sondern für alle Lebensmittel zur Anwendung kommt.

**Wie bewerten Sie die Zustimmung der Verbraucher in anderen EU-Staaten zu einer EU-weiten verpflichtenden Herkunftskennzeichnung? Was muss aus Sicht des vzbv getan werden, um hier voranzukommen?**

**Müller:** Die Mehrheit der Verbraucher in Deutschland wünscht sich verlässliche Angaben über die Herkunft der Lebensmittel, die sie kaufen. Die gibt es nur für wenige Lebensmittel und sie sollte aus unserer Sicht auf alle landwirtschaftlichen Produkte ebenso wie auch die Primärzutaten in verarbeiteten Lebensmitteln ausgeweitet werden. Gegen eine solche verpflichtende Kennzeichnung werden mitunter angeblich hohe Kosten, die damit einhergehen würden, vorgebracht. Inzwischen gibt es aber einige Erfahrungen aus EU-Ländern, die das entkräften. In Frankreich zum Beispiel hat die Ausweitung der nationalen Herkunftskennzeichnung für Lebensmittel mit Fleisch und Milch als Zutat nur zu begrenzten und vorübergehenden Mehrkosten für die Hersteller geführt. Die Bundesregierung sollte sich jetzt klar für eine verbindliche Herkunftskennzeichnung auf EU-Ebene einsetzen.

**Interview: Dr. Anni Neu**